

ABZOCKER

Schatz im Keller

Ein hartnäckiger Beamter hat vermutlich einen der dreistesten Betrugsfälle der deutschen Geschichte aufgedeckt: Eine ältere Frau soll den Staat um mindestens 35 Millionen Euro geprellt haben.

Er weiß es nicht mehr so genau, aber vielleicht hat sich Henning Bartels das letzte Mal so gut gefühlt, als er sein Abiturzeugnis bekam. Gut möglich aber auch, dass der 29. April 2004 mit nichts vergleichbar war. Der bisher bedeutendste Tag seiner beruflichen Laufbahn war er auf jeden Fall.

Regierungsdirektor Bartels saß in der ersten Reihe, als Richter Wolfram Siegel an jenem Tag im Saal 207 des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main das Urteil im

waren. Selbst auf Friedhöfen forschte der Beamte nach.

An diesem 29. April 2004 wusste Bartels, dass die Mühe sich wohl gelohnt hatte. Der 16. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt ließ in seinem 113-seitigen Urteil, das allerdings noch nicht rechtskräftig ist, keinen Zweifel daran, dass Anneliese Brand, eine alte Dame von 79 Jahren, 35,7 Millionen Euro für angeblich in den Wirren des Zweiten Weltkrieges verloren gegangenes Aktienvermögen zu



Brand-Domizil in Liechtenstein: Murks und Maßlosigkeit

Rechtsstreit Bundesrepublik Deutschland gegen Anneliese Brand verkündete. Bartels versuchte, Regungen zu verbergen, dabei war aber jedes Wort aus richterlichem Munde wie ein Ritterschlag, jeder Satz eine Bestätigung seiner Arbeit, seit er 1990 als junger Regierungsrat beim Bad Homburger Bundesausgleichsamt die vertrackte Geschichte auf den Tisch bekommen hatte.

Wäre Bartels der typische Beamte, er hätte die Aktendeckel damals schnell geschlossen. Doch Bartels verbiss sich in den Fall. Immer wieder brütete er über den Hunderten Akten in der Entschädigungssache Brand. Er wühlte in alten Archiven, fuhr – kaum war die Mauer gefallen – in die DDR und nach Polen, ließ Banktresore öffnen, die über Jahrzehnte geschlossen waren, und sichtete vergilbte Dokumente, die lange vor seiner Geburt erstellt worden

Unrecht aus der Staatskasse bekommen hat.

Die alte Dame habe sich die Summe „in sittenwidriger Weise erschlichen“, so die Richter, angebliche Zeugen seien gekauft und Dokumente gefälscht worden – dies wäre einer der dreistesten Betrugsfälle in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Richter verurteilten Brand zur Rückzahlung der erhaltenen Gelder nebst Zinsen.

Anneliese Brand war nicht nach Frankfurt gekommen, als die Richter das folgenschwere Urteil sprachen. Die alte Dame ist überhaupt selten in dem Land, das ihr zu ungeheurem Reichtum verholfen hat; seit Jahrzehnten lebt sie im Tessin in einer Villa am Luganer See oder in ihrem Domizil im Fürstentum Liechtenstein.

Von dort telefoniert sie mit ihren Anwälten, meist stundenlang und besonders ausgiebig mit Heinz Wagner. Der emeritierte Strafrechtsprofessor der Universität Kiel kennt den Fall seit 1984. Und er behauptet, dass seine Mandantin all die Millionen zu Recht bekommen habe. Seine Stellungnahme zu den Feststellungen des Gerichts ist dreimal so lang wie das Urteil selbst – 394 Seiten, sie füllt einen kompletten Leitzordner. Die Revision beim Bundesgerichtshof ist auch schon eingereicht.

Und dann sagt Wagner das, was Rechtsanwälte oft sagen: „Das Urteil darf keinen Bestand haben, sonst müsste ich am Rechtsstaat verzweifeln.“ Im Übrigen müsse der Urheber des ausgeklügelten Betrugs, den die Frankfurter Richter seiner Mandantin unterstellten, doch schon ein Genie sein. Frau Brand aber sei „eine kreuzbraue, einfache Frau“.

Die OLG-Richter drückten das lakonischer aus. Ganz simpel sei der Betrug angelegt gewesen, schreiben sie in ihrem Urteil: „Für eine Fälschung beispielsweise“ habe die Beklagte „nicht mehr als authentisches, altes Briefpapier“ sowie „eine Schreibmaschine mit einer um 1948 gebräuchlichen Schrift“ benötigt.

Die phantastische Geschichte über Moneten, Murks und Maßlosigkeit, die in den vergangenen Jahrzehnten Richter, Staatsanwälte, Gutachter, Schriftsachverständige und so schillernde Herren wie den Rüstungslobbyisten Karlheinz Schreiber beschäftigte, begann 1962 in der bayerischen Provinz: Westdeutschland boomte, doch in Landsberg am Lech mag sich in diesen Jahren der unternehmerische Erfolg eines Fabrikantensohns und seiner Ehefrau, einer lebenslustigen, adretten Enddreißigerin, nicht so recht einstellen. Im Herbst 1962 droht gar die Zwangsversteigerung des bescheidenen Grundbesitzes.

Doch Friedrich Franz Brand junior und Ehefrau Anneliese haben Glück. Gerade noch rechtzeitig erinnert sich Mutter Brand an einen beträchtlichen Aktienbesitz, den ihr verstorbener Mann, Franz Brand senior, bis Januar 1945 Fabrikant und Wehrwirtschaftsführer im schlesischen Brieg, sein

Eigen genannt haben soll: Wertpapiere der IG Farben im Wert von 380 000 Reichsmark. Nach dem so genannten Wertpapierbereinigungsgesetz konnten solche Aktien entschädigt werden, wenn deren Eigentum glaubhaft gemacht wurde.

Im Fall Brand war das offenbar eine reine Formsache. Bereits am 8. Januar 1963 gab die zuständige Prüfstelle bei der Deutschen Bank ein positives Votum ab; schon ein paar Monate später erhielten die Brands Aktien der IG-Farben-Nachfolgegesellschaften BASF, Bayer, Höchst und Casella, damals im Wert von zwei Millio-



Brand (1977)
Plötzliche Funde

CHRISTIAN FEJRMING



GRANZER / LAF

DaimlerChrysler-Zentrale in Stuttgart: „In sittenwidriger Weise erschlichen“

nen Mark, zuzüglich entgangener Gewinne in Höhe von 900 000 Mark.

Der prompte Entscheid überrascht auch heute noch. Schließlich hatte Franz Brand senior zu Lebzeiten – wie viele aus den ehemaligen Ostgebieten Geflohene – Lastenausgleich beantragt und für Immobilien und Sparguthaben auch bekommen. Über angeblich verlorene Aktien hatte er dabei nie geklagt.

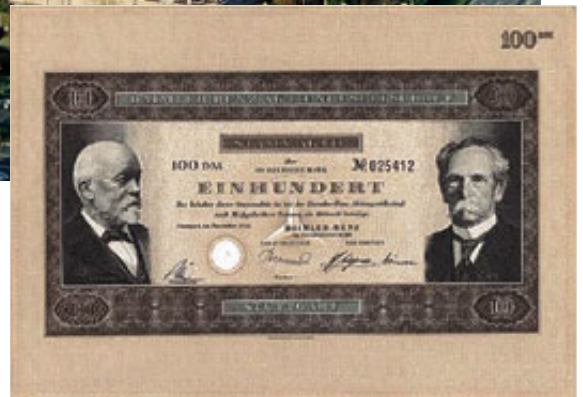
Doch weil es die Bundesrepublik Deutschland so gut mit den Brand-Erben meinte, stellten Franz und Anneliese weitere Anträge. Immer wenn im Hause Brand das Geld knapp wurde, fanden sich auf wundersame Weise neue Belege für stattliche Wertpapierdepots. Einmal steckten solche Papiere in einer vergessenen Stahlkassette, ein anderes Mal in einem sperrigen Schiffscoffer im Keller, wo sich zwischen abgetragenen Kleidungsstücken Hinweise auf unbekannte Aktien unter anderem der IG Farben und der Automobilkonzerne Ford und Daimler-Benz fanden.

Die Bundeskasse zahlte bis Anfang 1972 insgesamt 43,7 Millionen Mark. Das Unternehmerpaar Brand, das inzwischen eine Tankstelle betrieb und sich im Immobiliengeschäft engagierte, war saniert.

Zwar gab es schon in den sechziger Jahren im inzwischen zuständigen Bundesausgleichsamt in Bad Homburg Bedenken, ob das alles mit rechten Dingen zugehen könne. Doch eng wurde es für die Brands erst 1972, als ein offenbar besonders hilfreicher Amtmann gestorben und ein anderer in den Vorruhestand versetzt war.

Nun war das Glück den Multimillionären nicht mehr hold – zumindest vorerst. Als sie Ende September 1972 weitere Daimler-Benz-Aktien (damaliger Wert: rund 25 Millionen Mark) anmeldeten, schaltete die Behörde auf stur. Am 2. März 1973 wurde erstmals ein Antrag der Brands abgelehnt. Auch deren Klage gegen den Ablehnungsbescheid, erst vor dem Landgericht, dann vor dem Oberlandesgericht Stuttgart, hatte keinen Erfolg.

Doch wieder sollte eine glückliche Fügung das Blatt wenden. Sie kam in Gestalt eines ehemaligen Bankangestellten aus dem schlesischen Brieg, der – es war zu schön, um wahr zu sein – in einem alten Bildband über die schlesische Stadt genau den Beleg für den vermeintlichen Aktienbesitz gefunden haben wollte, der den Stuttgarter Richtern fehlte: die Durchschrift eines Schreibens von Brand senior



Historische Daimler-Benz-Aktie

Hinweise im Schiffscoffer unter alter Kleidung

an den ehemaligen Mitinhaber des Bankhauses Eichborn und Co. aus dem Jahre 1948 nebst einem Aktienverzeichnis.

Anneliese Brand hatte die Recherchen des Mannes initiiert, und der Einsatz sollte sich lohnen: Mit dem Schreiben zogen die Eheleute erneut vor Gericht, und diesmal bekamen sie Recht. Am 18. Dezember 1989 entschied das Oberlandesgericht Stuttgart: Die verschwundenen Daimler-Benz-Aktien müssten entschädigt werden. Insgesamt 106 Millionen Mark, so viel war das angebliche Paket damals wert, müsse der Bund bezahlen. 70 Millionen Mark wurden zwei Monate später auf das Konto von Anneliese Brand bei der Deutschen Bank in Würzburg überwiesen. Ihr Ehemann hatte davon nichts mehr, er starb kurz nach Beginn des Wiederaufnahmeverfahrens.

Auch die Empfängerin konnte sich am Millionen-Erfolg nun nicht mehr so recht freuen. Die unbeschwertten Tage am Lugauner See oder an der Riviera, wo die eigene Motoryacht „Anneliese“ lag, waren vorbei, als in Berlin die Mauer fiel.

Denn bei Nachforschungen, die der Beamte Bartels vom Bundesausgleichsamt nun in der DDR und in Polen anstellen konnte, ließ sich für das angebliche Brandsche Daimler-Aktienvermögen auch nicht der kleinste Beleg finden. Zwar lagen in den Archiven der DDR-Staatsbank Depotkarten, ausgestellt auf Brand senior. Doch



ANDREAS VARNHORN

Beamter Bartels: Recherchen auf Friedhöfen

die verzeichneten Wertpapiere waren, bis auf zwei, ausschließlich so genannte Non-Valeurs, das sind Aktien ohne Nennwert. Auch in alten Unterlagen der Dresdner Bank Breslau fand sich auf das angebliche Eigentum von Daimler-Benz- und IG-Farben-Aktien im Millionenwert keinerlei Hinweis. Das entscheidende Dokument, das in dem Bildband gelegen hatte, sei, so das Gericht, schlichtweg gefälscht.

Zudem fanden Augsburger Staatsanwälte, die gegen Anneliese Brand wegen Betrugsverdachts ermittelten, in jenem Jahr 1990 weitere handfeste Indizien für einen Betrug. Bei einer Durchsichtung ihres Landsberger Hauses stellten die Ermittler einen Schmierzettel sicher, auf dem mehrere hohe Geldbeträge aufgelistet waren. Die Namen der mutmaßlichen Empfänger waren geschwärzt, konnten jedoch von Kriminaltechnikern wieder sichtbar gemacht werden: Es waren die Namen von Beamten des Bundesausgleichsamts, dazu der Name eines ehrenamtlichen Handelsrichters. Sie alle hatten über die Millionen-Entschädigungen befunden.

Ein Treffer war auch eine ominöse Liste: Immer zu Weihnachten bedachte Anneliese Brand danach mit allem möglichen Nippes (Bayernkerzen, Porzellanfiguren) jene Menschen, die ihre Version der Aktiengeschichte in den diversen Prozessen gestützt hatten. Besonders dienstbare Geister sollen nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft, die das Verfahren 1996 überraschend einstellte, auch schon mal Teile einer Wohnungseinrichtung, einen Sportwagen oder Darlehen über 100 000 Mark erhalten haben.

Brand-Anwalt Wagner beteuert, dass seine Mandantin „niemals Unterlagen gefälscht und solche vor Gericht vorgelegt hat, noch Zeugen gekauft oder Beamte bestochen hat“. Nur „um ihr Recht zu bekommen“, so Wagner, habe sie so „viel in Bewegung gesetzt“.

Bei ihren damaligen Recherchen stießen die Ermittler auch auf einen besonders illustren Helfer: 1983 heuerte Anneliese Brand den CSU-Spezi und Rüstungslobbyisten Karlheinz Schreiber an. Der Mann sollte dafür sorgen, dass das Bundesfinanzministerium, dem das Bundesausgleichsamt untersteht, eine Entschädigung nicht mehr blockierte. Mindestens sieben Millionen Mark sollte Schreiber für dieses spezielle Lobbying bekommen – fällig nach Auszahlung der Entschädigung durch den Bund.

Doch die alte Dame bootete sogar den routinierten Strippenzieher aus: Schreiber erhielt nichts, obwohl die Millionen aus den Bundeskassen flossen. Der Vertrag sei nichtig, entschied das Oberlandesgericht

Bamberg 1994, als Schreiber dann gegen Brand klagte. Einem inzwischen verstorbenen Rechtsanwalt aus Memmingen ging es da besser. Der Advokat, jahrzehntelang in Sachen Brand aktiv und nach Recherchen des Bundesausgleichsamts beteiligt an den Manipulationen, bekam 1990 ein Erfolgshonorar von 5 Millionen Mark, zusätzlich der Anwaltsgebühren von noch einmal 3,07 Millionen Mark.

Berater-, Anwalts- und Gutachterkosten dürften das Brandsche Vermögen im Laufe der Jahre freilich geschmälert haben. So könnte der Bund, selbst wenn sein Schadensersatzanspruch vor dem Bundesgerichtshof Bestand haben sollte, am Ende weitgehend leer ausgehen.

Denn ein erheblicher Teil des noch vorhandenen Vermögens ist sicher vor dem Zugriff des deutschen Staates: in verschwiegenen Liechtensteiner Anstalten, investiert in Bauprojekte im Tessin und in Italien oder längst bei der Tochter von Anneliese Brand – dort allein mindestens fünf



Finanzplatz Liechtenstein: Sicher vor dem Zugriff

Millionen Euro. Gegen diese familiäre Transaktion hatte der Bund Mitte der neunziger Jahre vergeblich geklagt.

Im Berliner Finanzministerium gab es denn auch immer wieder den einen oder anderen Beamten, der die Causa Brand endgültig zu den Akten legen wollte. Zum einen kostete der Rechtsstreit den Bund bisher Millionen, zum anderen waren es ja peinlicherweise vermutlich käufliche Bundesbeamte, die das Millionenfüllhorn über Anneliese Brand ausgeschüttet hatten.

Den letzten Versuch, einen Schlussstrich zu ziehen, unternahm der CSU-Bundestagsabgeordnete Norbert Geis. Er intervenierte 2001 beim hessischen Justizminister gegen den Frankfurter Prozess, um, wie er sagt, „Schaden von der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden“.

Bemerkenswert: Nach seiner Aktion erhielt die Tochter von Geis, die Berliner Rechtsanwältin Barbara Kauka, ein Mandat von Anneliese Brand.

ANDREAS WASSERMANN